

Nicht amtliche Übersetzung aus dem Englischen

UNESCO

UNIDROIT

Expertenausschuss für Staatseigentum im Bereich Kulturerbe

“Expert Committee on State Ownership of Cultural Heritage”

Musterentwurf für Bestimmungen über Staatseigentum an bisher unentdeckten Kulturgütern

Draft model provisions on State Ownership of Undiscovered Cultural Object

Vorgelegt am 29. Juni 2011 anlässlich der 17. Sitzung des UNESCO-Ausschusses zu Restitutionsfragen (ICPRCP) in Paris

Erläuternder Bericht mit Musterbestimmungen im Entwurf und erklärenden Leitlinien

Der Expertenausschuss, der von den Sekretariaten der UNESCO und UNIDROIT eingesetzt wurde, traf sich offiziell dreimal in Paris. Diese Treffen fanden am 20. September 2010, am 14. März 2011 und am 29. Juni 2011 statt. Darüber hinaus tauschten sich die Mitglieder des Ausschusses auch mehrmals per E-Mail miteinander aus.

Zum Ausschuss gehörten die Co-Vorsitzenden Dr. Jorge Sánchez Cordero (Mexiko) und Prof. Marc-André Renold (Schweiz). Des Weiteren setzte er sich noch aus folgenden Mitgliedern zusammen: Thomas Adlercreutz (Schweden), James Ding (China), Manlio Frigo (Italien), Vincent Négri (Frankreich), Patrick O'Keefe (Australien), Norman Palmer (Vereinigtes Königreich) und Folarin Shyllon (Nigeria). Das UNIDROIT- und das UNESCO-Sekretariat wurden durch Marina Schneider bzw. Edouard Planche vertreten.

1. Auftrag des Expertenausschusses

Beim seinem ersten Treffen besprach der Expertenausschuss seinen Auftrag. Dieser besteht darin, „an Musterbestimmungen mit erklärenden Leitlinien („dispositions modèles accompagnées de lignes directrices“) bezüglich Staatseigentum an bisher unentdeckten Kulturgütern zu arbeiten“ (Protokoll des Treffens vom 20. September 2010, S. 2).

Das Verständnis, das der Expertenausschuss von seinem Auftrag hat, wurde am 23. September 2010 in der Empfehlung des *Zwischenstaatlichen Komitees für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer* bestätigt. „Viele Staaten stoßen auf Hindernisse, wenn sie die Rückerstattung von Kulturgut beantragen, vor allem was Kulturgüter von Orten betrifft, bei denen es kein Bestandsverzeichnis oder keine Herkunftsnachweise gibt, und hauptsächlich bei Gütern aus unerlaubten Ausgrabungen.“ Daher empfiehlt das *Zwischenstaatliche Komitee* die „Erstellung von Musterbestimmungen mit erklärenden Leitlinien, die den Staaten zugänglich gemacht werden sollen, damit diese beim Entwurf oder der Stärkung ihrer einzelstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigt werden können“ (Empfehlung Nr. 3, 16. Sitzung des *Zwischenstaatlichen Komitees*, Paris 2010, CLT-2010/CONF.203/COM.16/5).

2. Erster Musterentwurf für die Bestimmungen

Beim ersten Treffen des Expertenausschusses am 20. September 2010 wurde ein vorläufiger Entwurf besprochen. Dieser erste Entwurf enthielt mehrere Vorschläge, die der Ausschuss für zu weit gefasst hielt und außerdem sprachlich eher an internationalen Übereinkommen und nicht an Musterbestimmungen für einzelstaatliche Rechtsvorschriften ausgerichtet sei. Deshalb wurden diese Vorschläge überarbeitet und dem *Zwischenstaatlichen Komitee für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer* bei seiner 16. Sitzung mündlich vorgestellt. Die nachfolgenden Diskussionen zeigten, dass eine gewisse Anzahl an Änderungen nötig sein würde. Aufgenommen wurden diese Änderungen in den Musterentwurf für die Bestimmungen, der beim zweiten offiziellen Treffen des Expertenausschusses am 14. März 2011 besprochen wurde.

3. Musterentwurf für die Bestimmungen

Beim zweiten Treffen des Expertenausschusses am 14. März 2011 wurden die Musterentwürfe für die Bestimmungen weiter erörtert. Dabei waren sich alle anwesenden Experten darüber einig, dass mit diesem Entwurf große Fortschritte erzielt worden waren. Es wurden auch eine bestimmte Anzahl von Kommentaren abgegeben und

zusätzliche Vorschläge eingebracht. Diese wurden vom Ausschuss besprochen und das Ergebnis in einem Dokument festgehalten, das alle Mitglieder des Ausschusses erhielten.

Der Text wurde in der Fassung vom 14. März und mit kurzen Kommentaren versehen der 90. Sitzung des UNIDROIT-Direktionsrats im Mai 2011 vorgelegt. Der Rat nahm den derzeitigen Arbeitsstand für den Musterentwurf der Gesetzesbestimmungen zur Kenntnis und drückte erneut seine Unterstützung und seine Beteiligung am Projekt aus. Der Direktionsrat wird die Bestimmungen über Staatseigentum an bisher unentdeckten Kulturgütern mit erklärenden Leitlinien überprüfen und ihnen zustimmen, sobald sie fertiggestellt sind.

Der Vorsitz des Expertenausschusses erstellte schließlich eine dritte Fassung, die auf zusätzlichen Kommentaren aufbaute. Sie wurde beim abschließenden Treffen der Experten am 29. Juni 2011 erörtert. Einige bezeichneten diese Fassung als "bei Weitem den bislang besten Entwurf" und alle Mitglieder des Ausschusses stimmten ihr zu, auch wenn beim letzten Treffen noch einige weniger wichtigere Streitpunkte diskutiert und geklärt wurden.

Der nachfolgende Text ist das Ergebnis dieses dritten und letzten Treffens des Expertenausschusses. Er soll bei der 17. Sitzung des *Zwischenstaatlichen Komitees für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer* am 30. Juni 2011 durch den Vorsitz des Expertenausschusses vorgestellt werden.

Dabei ist an dieser Stelle wichtig anzumerken, dass der Expertenausschuss große Anstrengungen unternommen hat, einen kurzen Text mit nur sechs Bestimmungen zu erstellen. In Übereinstimmung mit der UNESCO-Konvention von 1970 und dem UNIDROIT-Übereinkommen von 1995 zielt dieser Text darauf ab, den Schutz archäologischer Objekte zu fördern und ihre Rückerstattung an die Staaten, in denen unerlaubte Ausgrabungen stattfanden, zu begünstigen.

Bei dieser Gelegenheit möchten die Co-Vorsitzenden allen Mitgliedern des Ausschusses für die von ihnen investierte Zeit und ihre Bemühungen danken. Sie hoffen, dass das hier vorgelegte Arbeitsergebnis es denjenigen Staaten, die dies möchten, ermöglichen wird, die Rückgabe oder Rückerstattung von rechtswidrig entwendeten Kulturgütern einzufordern.

Musterentwurf

für Bestimmungen über Staatseigentum an bisher unentdeckten Kulturgütern

1. Bestimmung (Allgemeine Verpflichtungen)

Der Staat ergreift alle nötigen und geeigneten Maßnahmen, um bisher unentdeckte Kulturgüter zu schützen und sie für jetzige und künftige Generationen zu erhalten.

Leitlinien:

Der Expertenausschuss ist der Meinung, dass die Musterbestimmungen mit einer allgemeinen Klausel beginnen sollten, welche die allgemeine Verpflichtung des Staates hinsichtlich bisher unentdeckten Kulturgütern festlegt.

Dabei bezieht sich diese Verpflichtung nicht nur auf den *Schutz* sondern auch auf die *Erhaltung* solcher Güter.

Diese Verpflichtung für die Staaten gilt sowohl in der Gegenwart (d. h. zu dem Zeitpunkt, zu dem die Musterbestimmungen von einem Staat angenommen werden) als auch in der Zukunft (d. h. nachdem sie angenommen wurden). Die Musterbestimmungen haben keine Auswirkung auf vergangene Ereignisse, da sie nicht rückwirkend gelten sollen.

Diese Bestimmung kann entweder den ersten Paragraph eines einzelstaatlichen Gesetzes bilden oder in dessen Präambel enthalten sein, je nach den Konventionen, die in der Gesetzgebung des Staates üblich sind, der die Bestimmungen verabschiedet.

2. Bestimmung (Definition)

Zu bisher unentdeckten Kulturgütern gehören Güter, die laut einzelstaatlichem Recht bedeutungsvoll für Archäologie, Vorgeschichte, Geschichte, Literatur, Kunst oder Wissenschaft sind und sich in der Erde oder unter Wasser befinden.

Leitlinien:

Die Definition der Musterbestimmungen stützt sich auf die allgemeine Definition der UNESCO-Konvention von 1970 (Art. 1) und dem UNIDROIT-Übereinkommen von

1995 (Art. 2). Da diese Definition eine Vorlage für ein einzelstaatliches Gesetz darstellt, ist ein Verweis auf einzelstaatliches Recht angemessen.

Die Definition umfasst beide Arten von bisher unentdeckten Kulturgütern, d. h. solche, die *in der Erde* gefunden werden, und solche, die *unter Wasser* entdeckt werden.

Hierbei sollte betont werden, dass die Liste der verschiedenen Gruppen von Kulturgütern nicht vollständig ist (so sind z. B. auch anthropologische Objekte, menschliche Überreste, etc. darin eingeschlossen). Auch die Definition des Fundorts sollte weit gefasst werden (so könnte sich ein unentdecktes Gut z. B. in einem Gebäude oder im Eis befinden).

3. Bestimmung (Staatseigentum)

Bisher unentdeckte Kulturgüter sind Staatseigentum, vorausgesetzt, es besteht keine vorherige Inhaberschaft.

Leitlinien:

Dies ist die zentrale Vorschrift der Musterbestimmungen. Das hier angewandte Prinzip des Staatseigentums folgt vielen bereits bestehenden einzelstaatlichen Rechtsvorschriften, allerdings wird es auf äußerst klare und einfache Weise dargestellt.

Allerdings sollte dieses Prinzip eingeschränkt werden, wenn eine vorherige Inhaberschaft durch Dritte nachgewiesen werden kann (z. B. wenn ein Kulturgut von seinem Besitzer vergraben wird, um es während einem bewaffneten Konflikt zu schützen, er/sie aber vorhat, es sich später zurückzuholen, sodass das Eigentum an der Sache nicht aufgegeben wurde). Einige bestehende Rechtsvorschriften gehen also in die gleiche Richtung, wenn darin gefordert wird, dass das entdeckte Gut „niemandem gehört“, damit es zu Staatseigentum werden kann.

Da Mustergesetze stets allgemein und abstrakt gehalten werden, scheint es unnötig, darin detailliert zu erklären, unter welchen konkreten Umständen „eine vorherige Inhaberschaft“ als gültig anzusehen ist. Möglicherweise möchten nationale Gesetzgeber selbst eine (beispielhafte oder vollständige) Liste solcher Gegebenheiten bereitstellen, welche auf Vereinbarungen oder Traditionen vor Ort beruhen.

Staaten, die ein solches Gesetz erlassen, sollten die Auswirkungen der nationalen und internationalen Menschenrechtsnormen auf die Gültigkeit eines erweiterten Staatseigentums in Betracht ziehen.

4. Bestimmung (Rechtswidrige Ausgrabung oder Einbehaltung)

Kulturgüter, die rechtswidrig ausgegraben wurden, oder aber solche, die rechtmäßig ausgegraben wurden, jedoch rechtswidrig einbehalten wurden, gelten als gestohlen.

Leitlinien:

Es gibt mehrere mögliche Definitionen für „rechtswidrige Ausgrabung oder Einbehaltung“ eines Kulturgutes. Daher sollte die Definition aus Art. 3, Abs. 2 des UNIDROIT-Übereinkommens von 1995 angewandt werden, denn ein Ziel der Musterbestimmungen ist eine einfachere Anwendung des UNIDROIT-Übereinkommens durch nationale Gerichte. Dies ist der Zweck der 4. (und auch der 6.) Musterbestimmung, obgleich sie auch unabhängig davon sinnvoll sind.

An dieser Stelle sollte der Inhalt von Art. 3, Abs. 2 des UNIDROIT-Übereinkommens von 1995 in Erinnerung gerufen werden. Er lautet wie folgt: „Im Sinne dieses Übereinkommens gilt ein rechtswidrig ausgegrabenes oder rechtmäßig ausgegrabenes jedoch rechtswidrig einbehaltenes Kulturgut als gestohlen, wenn dies mit den Rechtsvorschriften des Staates, in dem die Ausgrabungen stattgefunden haben, vereinbar ist.“

Ein Kulturgut sollte dann als gestohlen angesehen werden, wenn es rechtmäßig ausgegraben und vorübergehend ausgeführt wurde, aber nach Ablauf der Frist nicht zurückgegeben wurde.

5. Bestimmung (Unveräußerlichkeit)

Die Übereignung eines Kulturgutes, das laut Bestimmung 4 als gestohlen gilt, ist null und nichtig, es sei denn, dass festgestellt wird, dass der Übereigner zum Zeitpunkt der Übertragung gültige Eigentumsrechte daran hatte.

Leitlinien:

Musterbestimmung 5 ist die privatrechtliche Ergänzung zu Bestimmung 4. Ein bisher unentdecktes Kulturgut wird als *res extra commercium* angesehen und bleibt dies

auch, nachdem es entdeckt wurde. Deshalb kann es durch einen weiteren Erwerber nicht rechtsgültig erworben werden (durch Kauf, Schenkung, Vererbung, etc.).

Dies gilt allerdings nur unter Vorbehalt, falls der Übereigner ein gültiges Eigentumsrecht hat (z. B. ein staatliches Archäologiemuseum, das in Übereinstimmung mit einzelstaatlichem Recht beschließt, Stücke aus seiner Sammlung zu verkaufen, oder aber eine Privatperson, die das Kulturgut rechtsgültig erworben hat, bevor die Musterbestimmungen im betroffenen Staat in Kraft traten). Trifft dies zu, dann ist das Museum oder die Privatperson der eigentliche Eigentümer des Gutes und hat als solcher das Recht darüber zu verfügen.

Jeder Staat, der die Musterbestimmungen verabschiedet, sollte sich über deren begrenzten Geltungsbereich bewusst sein: Wird das Kulturgut in ein anderes Land verbracht, ist die Übereignung des Gutes nur ungültig, wenn der ausländische Staat ebenfalls Bestimmung 5 oder eine ähnliche Vorschrift erlassen hat.

6. Bestimmung (Internationale Durchsetzung)

Kulturgüter, die rechtswidrig ausgegraben wurden, oder aber solche, die rechtmäßig ausgegraben wurden, jedoch rechtswidrig einbehalten wurden, gelten als gestohlen, um so deren Rückgabe oder Rückerstattung an den Staat, der die Bestimmungen verabschiedet hat, zu gewährleisten.

Leitlinien:

Musterbestimmung 6 hat das Ziel, die Rückgabe oder die Rückerstattung von Kulturgütern zu erleichtern, die nach ihrer Entdeckung und rechtswidrigen Entwendung ausgeführt wurden. Wird ein Gut als gestohlen angesehen, kann es durch die internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen normalerweise wieder an das Land, in dem es entdeckt wurde, zurückgegeben werden.

Außerdem wird es nach internationalem Privatrecht für ein ausländisches Gericht ein Leichtes sein, ein Kulturgut, das in dem Land seiner Entdeckung dieser Bestimmung nach als gestohlen angesehen wird, auf Grundlage der Gesetze dieses Staates zurückzugeben. Das wird umso mehr der Fall sein, wenn die betroffenen Staaten das UNIDROIT-Übereinkommen von 1995 ratifiziert haben (vgl. Art. 3, Abs. 1 dieses Übereinkommens).

Allerdings sollte angemerkt werden, dass die Musterbestimmungen nicht dafür vorgesehen sind, alle Fragen bezüglich der Rechtsstellung von Ausgrabungen und Entdeckungen von Kulturgütern zu beantworten. So behandeln die Musterbestimmun-

gen z. B. nicht die Frage nach „Schatzfunden“ (d. h. inwieweit Schatzsucher für ihren Fund belohnt werden sollten). Außerdem geben sie auch nicht vor, die schwierige Frage nach dem Schutz des gutgläubigen Erwerbers und dessen Sorgfaltspflicht zu lösen. Falls nationale Gesetzgeber solche Punkte als wichtig erachten, müssen diese gesondert behandelt werden, je nach Rechtsvorstellung der nationalen Gesetzgeber.

Paris, den 29. Juni 2011

Die Co-Vorsitzenden
im Namen des Expertenausschusses:

Prof. Marc-André Renold, Genf,

und

Dr. Jorge Sánchez Cordero, Mexiko